

B E S C H L U S S

**des 100. Ordentlichen Landesparteitages
am 15. Juli 2006 in Tuttlingen**

Ökologische Potentiale der Marktwirtschaft in Baden-Württemberg konsequent nutzen

Einführung

Mit dem ersten Umweltaktionsprogramm von 1971, das der damalige FDP-Innenminister Hans-Dietrich Genscher erfolgreich auf den Weg brachte, war Deutschland Vorreiter im Umweltschutz. Durch diese Vorreiterrolle hat unsere Wirtschaft in vielen Bereichen eine Technologieführerschaft erreicht, die Arbeitsplätze schafft und sichert. So kommen Weltmarktführer in der Umwelttechnik aus Deutschland und exportieren ihre Produkte und Dienstleistungen in alle Welt. Die FDP will diese Position durch eine marktwirtschaftliche Umweltpolitik gerade für Baden-Württemberg weiter ausbauen.

Libérale Leitsätze für eine nachhaltige Energieversorgung

Der Energiemarkt in Deutschland ist der größte Verbrauchermarkt in der Europäischen Union. Der zu deckende Energiebedarf wird überwiegend durch die Energieträger Kohle, Erdöl und Erdgas sowie durch Kernenergie, Wasserkraft und zu einem geringen Teil durch Biomasse und andere erneuerbare Energien gedeckt. Deutschland und die Europäische Union sind massiv vom Import von Energieträgern abhängig, was sich auch in Zukunft kaum ändern wird. Die EU-Kommission geht davon aus, dass 2020 in Deutschland 75 % und in der EU etwas mehr als 70 % des Energieverbrauches durch Importe gedeckt werden müssen.

Gestützt auf einen möglichst diversifizierten Energiemix muss in Deutschland deshalb so weit wie möglich energiewirtschaftliche Unabhängigkeit von politisch instabilen Regionen gewährleistet werden. Außerdem gilt es, die mit der Energiegewinnung verbundenen Treibhausgasemissionen zu verringern und auf diese Weise einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dabei hat insbesondere die Wärmegewinnung ein überaus leistungsfähiges Potential für den Klimaschutz und muss stärker als bisher in den Mittelpunkt einer am Nachhaltigkeitsgedanken ausgerichteten Energiepolitik gerückt werden.

Klimaschutzpotential bei der Wärmegewinnung nutzen - Baden-Württemberg an die Spitze führen

Bislang ist die Nutzung Erneuerbarer Energien weitestgehend auf den Strombereich beschränkt. Diese konzeptionelle Einseitigkeit ist eine Folge des Erneuerbare Energien Gesetzes, welches die Einspeisung elektrischer Energie in ein Stromnetz voraussetzt. Die FDP will demgegenüber ein zukunftsfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept, welches auch den Wärmebereich einbezieht. Über 30 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs – und damit jeweils relativ mehr als auf die Sektoren Verkehr und Industrie – entfielen im Jahr 2003 auf die Haushalte. Der bei weitem überwiegende Teil der dort eingesetzten Energie (91,33 Prozent) dient der Wärmegewinnung (vor allem Raumwärme und Warmwasser), welche zu rund 76 Prozent aus fossilen Energieträgern erfolgt (Gas, Öl und Kohle). Insgesamt haben die Haushalte in Deutschland im Jahr 2003 für diese Zwecke 88,4 Mio. Steinkohleeinheiten eingesetzt und damit eine CO₂-Emissionsmenge von mehr als 120 Mio. t verursacht. Dies übertrifft die Gesamtemissionen des verarbeitenden Gewerbes (rund 107 Mio. t) und erreicht ein Volumen, das in seiner

Größenordnung demjenigen des gesamten Straßenverkehrs in Deutschland vergleichbar ist (rund 160 Mio. t).

Für ein umfassendes Energiekonzept für den Gebäudesektor müssen Maßnahmen auf den Einsatz und die Weiterentwicklung moderner und effizienter, brennstoffsparender Techniken der Wärmeengewinnung (aktive Energieeffizienz) sowie auf die Wärmedämmung (passive Energieeffizienz) zielen. Zusätzlich muss der Wärmebereich für eine Nutzung Erneuerbarer Energien erschlossen werden. Zur Gewinnung von Raumwärme geht es dabei vor allem um die Biomasse und um die oberflächennahe Geothermie, während die Sonnenenergie leistungsfähige Potentiale für die Warmwassergewinnung und für die Raumklimatisierung bereithält.

Solarthermische Anlagen sind auch unter den klimatischen Gegebenheiten in Deutschland wirtschaftlich einsetzbar. Sie eröffnen interessante Möglichkeiten und bieten ernstzunehmende wirtschaftlich nutzbare Potentiale zur Wärmebereitstellung – vor allem zur Deckung des Bedarfs an Niedertemperaturwärme für Haushalte und andere Kleinverbraucher. Dabei sind die solartechnischen Bauartmöglichkeiten bei geringem Wartungsaufwand technisch ausgereift. Die zu erwartende Nutzungsdauer moderner Anlagen beträgt mehrere Jahrzehnte. Daher gilt es, beispielsweise bei der baulichen Ausrichtung von Dächern darauf zu achten, dass einer solarthermischen Nutzung dieser Flächen nichts entgegensteht.

Es ist das Ziel der FDP, das Potential der CO₂-Reduzierung im Wärmebereich zu nutzen. Wir wollen Baden-Württemberg in diesem Bereich an die Spitze in Deutschland führen. Dies soll durch ein Förderprogramm für die Wärmeproduktion aus erneuerbaren Energien und zum Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung erreicht werden. Dabei soll der Einsatz der Erdwärme nicht nur für Wohn-, sondern auch für sonstige Gebäude und zur Unterstützung von Nahwärmenetzen gefördert und die Stellung Baden-Württembergs als Kompetenzregion für die Erdwärmenutzung ausgebaut werden.

Stromversorgung

Insbesondere die Liberalisierung des Strommarktes wirkt sich für die Verbraucher kaum noch aus. Anfängliche Preisminderungen durch Aufhebung monopolistischer Struktur wurden durch Steuern und neue Behinderungen des Wettbewerbs im Energiesektor weitgehend kompensiert. Immer weniger und damit größere Energieversorgungsunternehmen (EVU) versuchen, durch Fusionen eine marktbeherrschende Position anzustreben und den Neueintritt von Konkurrenten in den Markt zu erschweren. Die EVUs, welche meist auch Inhaber der bestehenden Leitungsnetze sind, verlangen von anderen Wettbewerbern oftmals unangemessen hohe Durchleitungsgebühren für die Bereitstellung von Strom. Gerade für kleinere Unternehmen ohne eigenes Leitungsnetz ist dies eine entscheidende Markteintrittsbarriere. Die FDP fordert daher:

- Nach der durch die EU-Regeln eingetretenen Liberalisierung des Energiemarktes muss jeglicher neuer Monopolisierung des Marktes durch Fusionen rechtzeitig entgegen getreten werden.
- Subventionen für Energien wie Kohle müssen weiter reduziert werden. Die FDP lehnt es ab, jährlich mehrere Milliarden Euro in die Kohleproduktion zu stecken, anstatt sie beispielsweise in die Förderung von zukunftsträgiger Energiegewinnung zu investieren.
- Eine zügige Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen in der Europäischen Union. In den verschiedenen Ländern Europas ist die Liberalisierung der Strommärkte unterschiedlich weit fortgeschritten. Ohne eine europäische Liberalisierung kann ein länderübergreifender Wettbewerb nicht stattfinden. Statt dessen können einige, durch Monopolstellung

geschützte staatliche Unternehmen wie z. B. die EDF in Frankreich in andere Märkte eindringen, ohne eigenen Wettbewerb fürchten zu müssen. Wir fordern daher eine schnellere Umsetzung der vollständigen europaweiten Liberalisierung.

- Eine möglichst schnelle Modernisierung des Kraftwerksparks und eine Verbesserung des Netzmanagements dezentraler Versorgungssysteme haben ein hohes Potential zur Energieeinsparung. Diese Maßnahmen bieten vielfach zu gleichen Kosten ein deutlich höheres Potential zur Verringerung von Treibhausgasemissionen als der Einsatz der erneuerbaren Energien. Deshalb muss zweigleisig gefahren und beide Klimaschutzinstrumente genutzt werden.
- Insbesondere die technische Weiterentwicklung bei der Speichertechnologie eröffnet den erneuerbaren Energien eine große Zukunftschance. Die FDP will für den weiteren Einsatz erneuerbarer Energien vor allem auch diese Techniken voranbringen und nutzen. Neben anderen Techniken und Verfahren kommt dabei der Produktion und Nutzung von Wasserstoff zur dezentralen Substitution fossiler Brennstoffe eine besondere Bedeutung zu. Eine auf Energiespeicherung aufbauende Nutzung erneuerbarer Energien ist der bisherigen Netzeinspeisung in zweierlei Hinsicht überlegen: Zum einen wird den erneuerbaren Energien hierdurch längerfristig die Perspektive eröffnet, zur energetischen Grundlastversorgung beizutragen. Zum anderen wird ein erheblicher Kostenvorteil dadurch realisiert, dass die anderenfalls erforderlich werdenden massiven und zusätzlichen Investitionen in eine Erweiterung der Netzkapazitäten und der Regelenergiereserve zum Teil erübrigt werden. Eine Abkehr von der unmittelbaren Netzeinspeisung zugunsten einer auf Energiespeicherung aufbauenden Nutzung erneuerbarer Energien erhöht deren Leistungspotential und verringert zugleich die Kosten.

Baden-Württemberg ist ein weltweit führendes Kompetenzzentrum für Forschung und Technik im Umweltbereich. Wir wollen diese Position weiter ausbauen und setzen auf zielstrebige Forschungsförderung für modernste Umwelttechnik sowie den Export hochwertiger Produkte. Die FDP will weiterhin den Schwerpunkt landespolitischer Maßnahmen auf die Unterstützung von Forschung und Entwicklung im Bereich regenerativer Energien setzen, um damit die Grundlagen für einen langfristigen Übergang zu neuen Energieversorgungsstrukturen wie solaren Wasserstofftechnologien zu legen und damit zugleich den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg zu stärken und neue Exportmärkte zu erschließen.

Erklärtes Ziel ist der Ausbau der regenerativen Energien als zentrales Instrument zum Klimaschutz, um Treibhausgasemissionen zu mindern und zugleich die energiewirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken.

Dabei kann vorläufig noch nicht auf die Nutzung der Kernenergie verzichtet werden. Sie ist notwendig, um bei der Stromproduktion Klima- und Versorgungssicherheitsziele zu erreichen, bevor die erhofften wirtschaftlichen Verfahren für CO₂-reduzierte Kohleverstromung und in größerem Umfang grundlastfähige erneuerbare Energien als zusätzliche Option zur Verfügung stehen. Deshalb befürwortet die FDP eine Laufzeitverlängerung bestehender Kernkraftwerke, unter der Bedingung, dass mindestens 50 % der wirtschaftlichen Erträge aus einer Laufzeitverlängerung zur Förderung erneuerbarer Energien in Baden-Württemberg verwendet werden.

Erklärtes Ziel ist der Ausbau der regenerativen Energien als zentrales Instrument zum Klimaschutz, um Treibhausgasemissionen zu mindern und zugleich die energiewirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken.

Für die Energiepolitik der FDP sind deshalb

- Energieeinsparung,
- Energieeffizienzsteigerung und
- Substitution fossil und nuklear erzeugter Energie durch erneuerbare Energien

vorrangige Ziele. Eine Laufzeitverlängerung für Kernkraftwerke darf die Priorität dieser Ziele nicht in Frage stellen.

Förderung und Ausbau regenerativer Energien

Die Energieversorgung der Zukunft wird zu einem bedeutenden Teil auf den regenerativen Energien beruhen, die ihre Kraft aus Wind, Wasser und Sonnenstrahlung, sowie Erdwärme, Biomasse und Biogas beziehen. Wir wollen bis 2010 im Land einen Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung von ca. 11,5 % und am Primärenergieverbrauch von 4,8 % erreichen. Wie die Bundesregierung wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 20 % steigern.

Um den Ausbau des Anteils der regenerativen Energien zu forcieren und somit den Anteil des klimaschädlichen fossilen Energieverbrauchs zurückzuführen, fordert die FDP:

- Die Rahmenbedingungen so gestalten, dass in naher Zukunft regenerative Energien wettbewerbsfähig werden. Hierfür wird ein wesentlicher Beitrag von der Klimapolitik erwartet, welche die CO₂-Emission durch den Einsatz handelbarer Zertifikate zu einem Kostenfaktor macht. Entscheidender Faktor dabei sind die konkreten politischen Vorgaben der angestrebten CO₂-Reduktion (Zeit, Menge), durch die der Wert einer Reduktionstonne bestimmt wird. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Emissionszertifikate zukünftig möglichst weitgehend versteigert werden; die Obergrenze von 10 Prozent soll durch die EU aufgehoben werden. Mit den Einnahmen aus der Versteigerung soll die Stromsteuer reduziert werden. Bisher erhalten die Stromkonzerne die Zertifikate kostenlos, schlagen jedoch auf ihre Strompreise den Marktpreis der Zertifikate auf. Durch eine Versteigerung können diese ungerechtfertigten Zusatzgewinne abgeschöpft werden.
- Die Energieforschungspolitik muss der Erhaltung der Energieversorgungssicherheit, der Erhaltung der Umwelt, der Gestaltung eines ökonomisch vertretbaren Energiepreisniveaus und der Verringerung weltweiter energiebedingter Krisenpotentiale gerecht werden. Dies gilt besonders angesichts der absehbaren Verknappung der Energieressourcen. Daher muss sie einen Beitrag zur Weiterentwicklung aller bekannten und verfügbaren Energieträger und Energietechnologien und zum rationellen Ressourceneinsatz leisten.
- Die FDP dringt auf eine konzeptionelle Verknüpfung von Energie- und Klimapolitik. Eine solche Verknüpfung macht den erneuerbaren Energien die ökonomischen Chancen zugänglich, die der globale Klimaschutz mit seinen modernen Instrumenten sowohl für die Entwicklungs- und Schwellenländer als auch für Unternehmen in Deutschland bietet. Im Emissionshandel sieht die FDP auch eine wichtige Chance, Leistungen der technischen Entwicklungszusammenarbeit zur Förderung der erneuerbaren Energien zu nutzen und auf diesem Wege Energie-, Klima- und Entwicklungspolitik sinnvoll zu verknüpfen. Um die Möglichkeiten der regenerativen Energiegewinnung auch für die Entwicklungsländer zu erschließen, muss die Vorreiterrolle Deutschlands bei der Entwicklung moderner Energiegewinnungstechniken erhalten und vorangebracht werden. Klimarelevante Investitionsprojekte müssen im Rahmen der technischen Entwicklungshilfe Deutschlands forciert und Deutschlands Position als Standort für die Entwicklung und den Export von

energiewirtschaftlicher Hochtechnologie im Rahmen einer Exportoffensive gefestigt und ausgebaut werden. Auf diesem Wege können erhebliche Potentiale zur Kostensenkung erschlossen werden. Dabei ist sicherzustellen, dass die auf solcher Grundlage erreichten Emissionsminderungserfolge auf die internationalen Reduktionsverpflichtungen Deutschlands angerechnet werden. Eine entschlossene Nutzung der flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls (Clean Development Mechanism und Joint Implementation) bietet für die beteiligten Länder herausragende Chancen um substantielle Beiträge zum internationalen Klimaschutz zu leisten und zugleich wirtschaftlich zu profitieren. Dies wirkt sich auch positiv auf die Beschäftigung in Deutschland aus.

- Neue Techniken der Energiegewinnung haben bei der Entwicklung weitaus höhere Kosten als die etablierte Stromerzeugung, die sich jedoch bei einem wachsenden Markt durch Serienproduktion und technische Fortschritte kontinuierlich vermindern. Um diesen Techniken ein Marktpotential zu öffnen, fordert die FDP zeitlich begrenzte Markteinführungshilfen für neue und umweltfreundliche Energietechnologien. Dabei geht es um eine Technologie offene Förderung innovativer Techniken zur Nutzung erneuerbarer Energien sowie darum, etablierten technischen Verfahren eine eigenständige Marktteilnahme zu ermöglichen. Für den Bau von Biomasse-Heizanlagen und Biogas-Anlagen sind staatliche Ausfallbürgschaften notwendig. Diese sind mit einem geringen Ausfallrisiko behaftet, stoßen dafür aber ein enormes Investitionsvolumen an.
- Auf der fast 1,4 Mio. ha umfassenden Waldfläche Baden-Württembergs wachsen jährlich über 3 Mio. Festmeter Energieholz zu, die 600 Mio. Liter Heizöl ersetzen können. Bei ölpreisorientierten Wärmekosten von derzeit ca. 10 Cent/kWh ist Energieholz jedoch nicht wettbewerbsfähig und verrottet deshalb im Wald. Die FDP fordert deshalb die großen Wärmeproduzenten mit fossilen Heizanlagen mit einer Kapazität von mehr als 1000 kW auf, einen Cent je kWh Wärme aus Waldhackschnitzel als freiwillige Selbstverpflichtung zuzuzahlen, um so Ihren Beitrag zum Ziel der Verdopplung der Holzenergie zu leisten.

Im Bereich der Windenergie eine Förderung von Offshore-Parks zu prüfen, wobei eine Abwägung zwischen Interessen der regenerativen Energien und des Naturschutzes erfolgen muss. Hierdurch wird auch dem ästhetischen Empfinden vieler Bürger Rechnung getragen. Denn gerade die Windräder an exponierten Standorten wie beispielsweise auf Bergrücken in touristisch attraktiven Gebieten wie dem Schwarzwald oder der Schwäbischen Alb werden von den Bürgern häufig als störend empfunden. Hier sehen sich die Liberalen in der Pflicht, das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit des Ausbaus von Windenergie und der Landschaftsästhetik aufzulösen, indem sie bei der Ausweisung von neuen Standorten mit Augenmaß vorgehen. Das Repowering, also das Ersetzen alter Windräder durch leistungsfähigere, ist der Ausweisung neuer Standorte vorzuziehen. Bei der Förderung regenerativer Energien sollen vor allem die geothermische Wärme- und Stromerzeugung, die Nutzung von Biomasse und Biogasen, die Solarthermie sowie die Nutzung der großen und kleinen Wasserkraft gefördert werden.

Wir haben deshalb mit dem Koalitionspartner vereinbart, den Bau von geothermalen Kraftwerken über die bereits laufende Ausschreibung hinaus zu fördern und zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Förderung zusätzlicher Geothermiekraftwerke im Land bestehen.

Außerdem soll die Ausnutzung der vorhandenen Potentiale der sog. Großen Wasserkraft an Rhein und Neckar sowie der Ausbau der energetischen und stofflichen Nutzung von Biomasse zur Erreichung des Ziels beitragen.

Energieeffizienz

Energieeinsparung und die Verbesserung der Effizienz müssen im Mittelpunkt der Energiepolitik stehen. Der Energieverbrauch für Raumwärme und Warmwasser macht mehr als 35 % des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland aus. Hier bestehen hohe Potentiale zur Energieeinsparung und zur Verringerung von Treibhausgasemissionen. Deshalb muss der Gebäudesektor stärker in ein umfassendes Energiekonzept eingebunden werden.

Dabei kommt der energetischen Sanierung der Gebäude eine Schlüsselrolle zu. Im Sinne eines integralen Ansatzes müssen geeignete Maßnahmen an der Gebäudehülle mit optimaler Anlagentechnik kombiniert werden. So können an alten Gebäuden je nach Baualter (in Frage kommen vor allen Dingen Altbauten, die vor Inkrafttreten der ersten Wärmeschutzverordnung in 1978 errichtet worden sind), Zustand und Gebäudetyp Energieeinsparungen von bis zu 75 % erreicht werden. Damit ließe sich insbesondere der Einsatz der fossilen Energieträger wie Erdgas und Heizöl reduzieren und ein Beitrag zur Ressourcenschonung leisten.

Noch sind die Anstrengungen, durch Renovierungsmaßnahmen Energie einzusparen, zu gering. Der Heizenergieverbrauch in Deutschland ist seit 1990 laufend gestiegen. Jedoch ist heute eine zaghafte Trendumkehr zu erkennen. Dazu hat auch die verpflichtende Einführung von Energie- und Wärmebedarfsausweisen nach der Energieeinsparverordnung bei allen Neubauten beigetragen. Diese Entwicklung muss beschleunigt werden.

Das marktwirtschaftliche Konzept eines freiwilligen Energiepasses, der den Energiebedarf eines Hauses verständlich und verbraucherfreundlich anzeigt, ist ein richtiger Weg für den Gebäudebestand. Der Energiepass schafft die notwendige Transparenz und macht deutlich, dass zugehörige Investitionen nicht nur den Wohnkomfort steigern, sondern auch den Wert der betreffenden Immobilie. Dies bietet Anreize zur Sanierung des Gebäudebestandes. Um eine größere Breitenwirkung zu erzielen, müssen weitere flankierende Maßnahmen erfolgen.

Dazu gehören zunächst Motivation, Information und Beratung der Gebäudeeigentümer sowie Weiterbildung der Handwerker und Planer. Letzteren kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Es gilt, beispielsweise bei der baulichen Ausrichtung von Dächern auch darauf zu achten, dass einer solarthermischen Nutzung dieser Flächen nichts entgegensteht. Von der weiteren Gebäudesanierung können Auftragsimpulse für mehr Wachstum und Beschäftigung ausgehen.

In Unternehmen, in privaten Haushalten und im Verkehr können noch immer insgesamt bis zu 50 % des gegenwärtigen Energieverbrauchs eingespart werden. Die FDP unterstützt das Ziel, den Pro-Kopf-Energieverbrauch in Baden-Württemberg in den nächsten 10 Jahren um 20 % zu senken.

Im wesentlichen soll dies erreicht werden durch ein Energieeffizienzprogramm, mit dem Projekte von kleinen und mittleren Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz gefördert und verstärkt Kooperationen von Unternehmen bei der Verbesserung ihrer Energie-Effizienz unterstützt werden sowie durch die Weiterentwicklung des von Land und baden-württembergischen Handwerk gemeinsam angebotenen Energie Spar-Checks.

Luftreinhalung/Feinstaub

Die FDP setzt sich für eine weitere Verbesserung der Luftqualität ein. Aus Sicht der FDP können aber neue immissionsseitige Ziele nur dann festgelegt werden, wenn feststeht, dass solche Ziele überhaupt erreichbar und dass geeignete und finanzierbare Maßnahmen zur Erreichbarkeit des

Ziele zur Verfügung stehen. Dafür ist auch die unvoreingenommene Überprüfung bereits bestehender Zielvorgaben nötig.

Die Messergebnisse in Baden-Württemberg und auch in den anderen Bundesländern lassen erkennen, dass die Grenzwerte aufgrund des seit Jahren feststellbaren, kontinuierlichen Rückgangs der Luftschadstoffemissionen nahezu flächendeckend eingehalten werden. Problembereiche hoher Schadstoffkonzentrationen finden sich nur in kleinräumigen Bereichen in unmittelbarer Straßennähe. Deshalb unterstützt die FDP grundsätzlich die Luftreinhalte- und Aktionspläne der Kommunen. Ganzjährige Durchfahrtsverbote für LKWs betrachten wir als Mittel zur Verbesserung der allgemeinen Luftqualität als nicht geeignet. Dies führt zu Verkehrsverlagerungen und damit zu mehr Belastungen an anderer Stelle, zumal geeignete Ausweichstrecken fehlen. Wie aktuelle Messungen bestätigen, führen Durchfahrtsverbote auch nicht zu einer Reduzierung der Messwerte.

Die betroffenen Städte dürfen nicht länger allein gelassen werden. Denn an vielen Mess-Stationen stammt nur ein Viertel der Schadstoffe aus dem lokalen Verkehr in den Stadtvierteln, während der Rest aus anderen Teilen der Städte und überregionalen Quellen stammt. Gerade Initiativen, die den Verkehr flüssig machen – beispielsweise die Optimierung von Ampelphasen und der Bau von Umgehungsstraßen –, sind wirksam gegen den lokalen Feinstaub.

Das Pingpong-Spiel der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern muss aufhören. Wir brauchen ein bundesweites Gesamtkonzept, um die Feinstaubbelastung zu verringern. Dazu müssen sich Bund, Länder und Kommunen jetzt an einen Tisch setzen. Evtl. Förderungen müssen sich dabei an der Schadstoffemission, nicht an der verwendeten Technologie – wie etwa dem Partikelfilter – orientieren.

Darüber hinaus tritt die FDP für gezielte Forschungen zum Thema Feinstaub ein, beispielsweise zu Einzel-Ursachen, Gefährlichkeit unterschiedlicher Stäube und konkreten Gefährdungen.

Lärmschutz

Der Bundesgesetzgeber wird aufgefordert, das Bundesimmissionsschutzgesetz (BimSchG) zu reformieren mit dem Ziel, für Kinderspielplätze Abweichungen von den geltenden Grenzwerten für Lärmschutz vorzusehen. Die Landesregierung soll sich für eine entsprechende Novellierung des BimSchG einsetzen.

Moderne Abfallpolitik für Baden-Württemberg

Die FDP tritt ein für eine Umweltpolitik durch Wettbewerb der besten Lösungen. Das gilt auch in der Abfallpolitik. Ziel ist es, die ökologischen Vorgaben (Abfallvermeidung ist vorrangig vor Abfallverwertung ist vorrangig vor Abfallbeseitigung) effizienter und kostengünstiger zu erreichen. Dazu müssen wirtschaftliche Kriterien und neuere technische Entwicklungen berücksichtigt werden.

Um kostensenkende Markt- und Innovationsprozesse anzuregen, sind marktwirtschaftliche Strukturen nötig. Es geht darum, die Aufgabe der Abfallentsorgung in der gleichen Qualität wie bisher, jedoch für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft kostengünstiger wahrzunehmen und sie bei gleichbleibend hohen Entsorgungsstandards zu entlasten.

Bei der in Deutschland derzeit praktizierten Form der Mülltrennung durch die Verbraucher werden weniger Wertstoffe genutzt als möglich und sinnvoll wäre. Jüngere Projektstudien haben gezeigt, dass moderne automatisierte Sortieranlagen dazu in der Lage sind, Abfallfraktionen

zuverlässig zu trennen und man mittels einer solchen maschinellen Trennung von Gemischen aus Verpackungs- und Restmüll mehr Wertstoffe verwerten kann, als dies derzeit mittels der getrennten Sammlung geschieht. Insbesondere in städtischen Bezirken und Ballungsräumen enthalten die Restmülltonnen ein besonders hohes Wertstoffpotential.

Eine Rückkehr zu einem Ein-Tonnen-System wird es dennoch nicht geben. Die Getrenntsammlung von Bioabfällen, Papier, Pappe, Karton und Glas sowie von besonders problematischen (sog. Sonder-) Abfällen bleibt weiter nötig. Alles andere jedoch können vollautomatische Sortieranlagen wesentlich schneller, zuverlässiger und kostengünstiger leisten, sofern die Organisationsstrukturen entsprechend angepasst werden.

Nicht zuletzt um die Bürgerinnen und Bürger sowohl von unnötigem Sortieraufwand als auch finanziell zu entlasten, will die FDP den Gebietskörperschaften die Chance eröffnen, die technischen Möglichkeiten zur Vereinfachung der Mülltrennung zu nutzen. So kann die Abfallentsorgung je nach örtlichen Gegebenheiten - z.B. im Hinblick auf die vorhandene Infrastruktur und ihrer ökologischen und ökonomischen Bewertung- so organisiert werden, dass sie ohne Abstriche bei den ökologischen Anforderungen für die Bürgerinnen und Bürger einfacher und kostengünstiger wird.

Die Verpackungsverordnung muss grundsätzlich novelliert werden. Zwar hat diese Verordnung zur ökologischen Verbesserung von Verpackungen und deren Verwertung geführt, aber es gibt trotz weiterer dualer Systeme neben der DSD GmbH ("Grüner Punkt") keinen funktionierenden Wettbewerb. Aufgrund insbesondere der sog. Trittbrettfahrerproblematik wird befürchtet, dass die flächendeckende haushaltsnahe Erfassung von Verpackungsabfällen in Gefahr ist. Für die FDP steht fest, dass Einzelne die Kosten für die Entsorgung ihrer Abfälle nicht der Allgemeinheit aufbürden dürfen. Die FDP steht zum Ziel der Produktverantwortung nach der Verpackungsverordnung.

Um die abfallpolitischen Ziele kostengünstiger zu erreichen, setzt die FDP auf eine stärkere Nutzung der Kompetenz Privater. Private Unternehmen sind zweifelsohne in der Lage, Abfälle nach staatlich gesetzten Regeln ordnungsgemäß zu entsorgen. Zumindest für die Entsorgung der gewerblichen Siedlungsabfälle und die sonstigen Siedlungsabfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushalten soll allein die private Entsorgungswirtschaft zuständig sein. Angesichts ausreichender und gesicherter Entsorgungskapazitäten sind auch Andienungspflichten für Sonderabfälle nicht länger begründet.

- Die FDP plädiert für eine Fortentwicklung des Abfallrechts mit Schwerpunkt auf Vermeidungs- und Verwertungskriterien entsprechend der europäischen Abfallrahmenrichtlinie und dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz sowie dem weiteren Ausbau kreisübergreifender, großräumiger Kooperationen.
- Um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden muss die Bundesregierung in den Verhandlungen über die Novellierung des europäischen Abfallrechts auf europaweit einheitliche hohe Entsorgungsstandards hinwirken.
- Die FDP wird sich in der Landesregierung dafür einsetzen, der beseitigungsorientierten Abfallwirtschaft entgegenzuwirken und durch mehr Markt und Wettbewerb für eine innovative und kosteneffiziente Abfallwirtschaft zu sorgen.
- Die FDP wird sich in der Landesregierung für eine grundlegende Novellierung der Verpackungsverordnung einsetzen, um stärker als bisher konkurrierenden Systemen faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.

Gewässerökologie und Hochwasserschutz

Die FDP setzt sich für die Herstellung des guten ökologischen Zustandes der Fließgewässer in Baden-Württemberg ein. Dieses Ziel ist aufgrund der jahrzehntelangen, massiven Investitionen in die Gewässerreinigung weitgehend erreicht. Ein Problem sieht die FDP nicht darin, dass einzelne Gebäude, meist in Einzellagen, nicht an öffentliche Kanalisationen angeschlossen sind, sondern an der Tatsache, dass vielerorts aufgrund des Alters der Kanalanlagen künftig auf die Kommunen enorme Sanierungsarbeiten zukommen, die über Gebühren finanziert werden müssen.

Defizite bestehen im Land bei der Gewässerstruktur, bedingt durch den Gewässerausbau früherer Jahre. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, die Anstrengungen zur Verbesserung der Gewässerökologie und des ökologischen Hochwasserschutzes, insbesondere, neben dem Integrierten Rheinprogramm auch den Rückbau der Nebenflüsse des Rheins und des Neckars, zu verstärken.

Durch den Ausbau des Oberrheins wurden rund 130 km² Überflutungsflächen vom Rhein abgeschnitten. Die Hochwassergefahr unterhalb der letzten Staustufe Iffezheim wurde erheblich verschärft. Zur Wiederherstellung des Hochwasserschutzes am Oberrhein sieht das Integrierte Rheinprogramm (IRP) vor, an 13 Standorten auf ehemaligen Aueflächen Hochwasserrückhaltmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von ca. 167 Mio. m³ zu schaffen. Als Hochwasserrückhaltmaßnahmen am Oberrhein kommen dabei allein gesteuerte Maßnahmen in Frage.

Die Vielzahl von extremen Hochwasserereignissen hat dem gegenüber auch gezeigt, dass wasserbauliche Maßnahmen nur einen begrenzten Schutz bieten. Vorsorgender Hochwasserschutz muss in verstärktem Maße auch von der Raumordnung und der Regionalplanung geleistet werden.

Die Entwicklung von Instrumenten und Strategien zur Verankerung des vorsorgenden Hochwasserschutzes setzt deshalb einzugsgebietsweite, teils auch transnationale Planungen voraus. Nur durch die Erfassung der Niederschlagsmengen vor Ort lässt sich wirksamer Hochwasserschutz betreiben.